

Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Dr. Michael Ependiller, Uwe Schulz, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Peter Felser, Martin Hohmann, Jörn König, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Ausarbeitung und Umsetzung einer Smart-Cities-Strategie

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Daten sind aus der heutigen Gesellschaft und ihren Lebenswelten nicht mehr wegzudenken. Das gilt erst recht, wenn sie in maschinenlesbarer Form vorliegen. Daten werden von nahezu jedem Menschen unter Benutzung tragbarer, mobiler und stationärer Geräte täglich produziert und reproduziert; sie werden auf großen Trägermedien gespeichert, sie werden akkumuliert und konstelliert; sie werden zu Geld gemacht und dienen als Grundlage der Beurteilung komplexer Situationen und der Herbeiführung weitreichender Entscheidungen (Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz, Gesamtbericht, Drucksache 19/23700).

Angesichts der Alltäglichkeit des Sammelns und des Nutzens maschinenlesbarer Daten wird es schwieriger, zwischen einem analogen und einem digitalen Dasein zu trennen: „Indem immer mehr Aspekte unseres privaten und öffentlichen Lebens von Daten aus Sensoren und smarten Geräten durchdrungen und geformt werden, verschwimmen die Grenzen zwischen dem Digitalen und dem Analogen zunehmend. Es ergeben sich neue Möglichkeiten, von denen manche vielversprechend, andere dagegen besorgniserregend sind; aber alle besitzen ein unerbittliches Momentum, das zu einer Verdrängung altbewährter Praktiken und Institutionen führt“ (Demokratisierung von Big Data. Alex Pentland im Gespräch mit Georg Vrachliotis, in: ARCH+, Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, Heft 234, Dezember 2018, S. 134 bis 139, hier S. 135). Über die Sammlung und die Interpretation, die Menschen bei der Mobilität, im Büro, beim Sport, beim Einkaufen, daheim oder im Urlaub generieren, lassen sich detailliertere individuelle Profile erstellen als über die Addition der Likes und Comments auf Social Media. Die Daten, die diesen Berechnungen zugrunde liegen, werden zum Teil im kommerziellen Kontext, zum Teil im sozialen, im privaten und im politischen Kontext generiert. Sie liegen auf verschiedenen Servern, die zum Teil privaten Unternehmen gehören, zum Teil der öffentlichen Hand. Ein Großteil dieser Daten fällt in den großen Städten eines Landes an, hier kommen viele Menschen zusammen, hier interagieren sie, hier kreieren sie Mobilitäts-, Konsum- und Arbeitsmuster. Es geht potenziell darum, diese Datenmassen politisch zu interpretieren und gesellschaftlich zu nutzen – Grundlage dafür und für weitere Aufgaben der öffentlichen Hand ist eine belastbare Smart-Cities-Strategie, verstanden als sorgfältig geplantes Vorgehen. Eine solche Strategie muss in erster Linie die freiheitlichen Grundrechte der Bürger wahren.

Es gibt auf dem Feld der Smart Cities Beispiele gelungener und missratener Projekte. Zunächst fällt auf, dass der Begriff „Smart City“ so vage wie schillernd ist (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Drucksache 19/12694, speziell zu Frage 1). Unter ihm werden im weiteren Sinne die zunehmende Nutzung digitaler und KI-Technologien in nahezu allen Lebensbereichen urbaner Lebensräume – primär in Großstädten, aber auch in Metropolregionen und im ländlichen Raum – verstanden. Dabei ist nicht lediglich der Einsatz einzelner spezifischer Technologien gemeint, sondern ein Konglomerat respektive die vernetzte Nutzung diverser Digitaltechnologien, um die Lebenssituation der Menschen in einem Sozialverbund zu verbessern. Darunter fallen etwa Konzepte der Elektromobilität und der Verkehrswegesteuerung, digitale Gesundheitsvorsorge, Nutzung von Sensorik im Rahmen des Internet of Things, digitale Bürgerservices im Rahmen von E-Government etc. (Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz, Gesamtbericht, Drucksache 19/23700, hier S. 215). Anders als bei der rein technischen Betrachtung der Komponente der Digitalisierung ist bei Smart-Cities-Konzepten zusätzlich eine soziale Komponente zu berücksichtigen.

Estland ist das oft zitierte Beispiel eines Landes, das vor knapp 20 Jahren begonnen hat, seine Verwaltung nahezu vollständig zu digitalisieren und seine administrativen Dienstleistungen online anzubieten (<https://e-estonia.com/services/>). Das Gründen einer Firma ist ebenso am Rechner möglich wie das Einreichen der Steuererklärung oder das Beantragen eines Reisepasses, auch digitale Wahlen zum Landesparlament sind möglich. Infrastruktureller Hintergrund ist die X-Road, die auf der Basis der Blockchain-Technologie eine fälschungssichere Übertragung der Daten erlaubt. Hier ließe sich gar von einem Smart Country sprechen.

Ein Negativbeispiel der jüngeren Zeit ist das Projekt Sidewalk Labs von Alphabet in Toronto. Hier sollte ein kompletter Stadtteil am Hafengelände mit Sensoren und Kameras zur Klima- und Verkehrsmessung ausgestattet werden, um eine, mutmaßlich, nachhaltige Stadtentwicklung in die Wege zu leiten (Bianca Wylie: Auf der Suche nach einer demokratischen Zukunft der Smart City, in: ARCH+, Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, Heft 236, September 2019, S. 58 bis 65). Hier wäre über die Infrastruktur aus Kanalisation, Gas- und Stromleitungen sowie über die Straßen, Gebäude und Grünflächen eine zusätzliche digitale Schicht als Benutzeroberfläche gelegt worden, um die Bewegungsmuster der Bewohner rund um die Uhr abzubilden. Wegen offener finanzieller, aber auch datenschutzrechtlicher Fragen wurde das Projekt noch in der Planungsphase von der Stadt Toronto abgesagt.

Ebenfalls kritisch zu beurteilen ist die Situation in China, wo das tägliche Verhalten der Menschen im digitalen wie physischen Raum in einigen Modellstädten von Kameras und Sensoren Schritt für Schritt protokolliert wird und zu einer detaillierten Beurteilung des Sozialverhaltens eines jeden Menschen führt (Kai Strittmatter: Die Neuentdeckung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert, München 2018, Piper). Etwa 100 km von Peking entfernt entsteht derzeit die neue Musterstadt Xiong'an, an deren Konzeption und Bau die chinesischen Digitalkonzerne beteiligt sind. Alibaba stellt einen KI-basierten Clouddienst zur Verfügung, Baidu baut eine Plattform für autonomes Fahren auf, Tencent will vor Ort ein Forschungszentrum zur Blockchain errichten (Pan Hu: Xiong'an New Area. Chinas Planstadt der Zukunft, in: ARCH+, Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, Heft 236, September 2019, S. 136 bis 143. Etwa 90.000 Menschen müssen im Rahmen dieser Infrastrukturmaßnahme umgesiedelt werden. Versprochen wird wie stets im Smart-Cities-Kontext ein Gleichgewicht von Technologie, Ökonomie und Ökologie.).

In Deutschland ist die Situation ausgesprochen heterogen. Als Beispiele im Smart-Cities-Kontext werden Hamburg, München und Berlin genannt, auch Paderborn, Ludwigsburg und Pfaffenhofen. Es geht dabei etwa um die Einrichtung eines digitalen Bürgerportals, ein kluges Abfall-Management, vernetzte Nachbarschaftsinitiativen

oder um ein kommunales Grünflächen-Management (Beispiele aus Chirine Etezzadeh (Hg.): Smart City – Made in Germany. Die Smart-City-Bewegung als Treiber einer gesellschaftlichen Transformation, Wiesbaden 2020, Springer Vieweg). Die Heterogenität liegt zum einen an der strikten Zuständigkeitstrennung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, des Weiteren an den Zugriffen unterschiedlicher Ressorts wie Verkehr, Innen, Wirtschaft, Forschung und Gesundheit, zusätzlich an der unterschiedlichen Quantität wie Qualität der kommerziellen wie gemeinnützigen Datenquellen, nicht zuletzt an ungeklärten Begrifflichkeiten und damit verbundenen Zielstellungen. Die Initiative „Nationale Dialogplattform“ zu Smart Cities des BMI (www.smart-city-dialog.de/nationale-dialogplattform) ist das lose verkoppelte Nebeneinander verschiedener Modellprojekte, aber noch keine bundesweite Strategie (Siehe hierzu die Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (Drucksache 19/8341) und auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD (Drucksache 19/15112)).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine Strategie zu Smart Cities für Deutschland vorzulegen. Diese soll integraler wie übergreifender Teil der vorzulegenden Digital-Strategie sein, da sich hier der administrative Umgang mit Künstlicher Intelligenz und mit Big Data kreuzt. Elementarer Teil der Strategie ist eine klare Definition des Begriffes, die ihn entmystifiziert und operationalisiert;
- diese Strategie nicht als Selbstzweck oder Rhetorik zu begreifen und daher auch keiner eindimensionalen Technikeuphorie zu folgen, sondern vielmehr messbare politische, soziale und städtebauliche Ziele zu benennen, die mit dem Konzept der Smart Cities angegangen und einer tragfähigen Lösung zugeführt werden sollen;
- die bereits durchgeführten Modellprojekte des BMI (www.smart-city-dialog.de/wp-content/uploads/2020/10/BMI-Bericht-Modellprojekte-2020.pdf) zu evaluieren, auf ihre Werthaltigkeit hin zu prüfen und die dokumentierten Ergebnisse in die genannte Strategie einfließen zu lassen;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie das bereits existierende Datenportal des Bundes GovData (<https://govdata.de>) inhaltlich und funktional auszubauen zu einem Open-Data-Portal, das nicht nur das Agieren der öffentlichen Hand abbildet und weitere Daten für öffentliche Zwecke generiert, sondern auch als Aufklärungsmodul für die Bevölkerung in Sachen Big Data und Smart Cities dient;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie Vorschläge zu machen, wie die immensen Datenbanken, die zivilrechtlich einigen wenigen Internet-Konzernen gehören, deren Bestand aber durch das jahrelange Nutzverhalten zahlloser Menschen erst zustande gekommen ist, für die administrative Verwendung geöffnet und mit Open-Data-Beständen kombiniert werden können;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie interdisziplinär vorzugehen und neben Fachleuten aus der Informatik, der Telekommunikation und der Verwaltung auch solche aus der Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung, der Soziologie, der Ökonomie und der Psychologie miteinzubeziehen;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie sich die bereits gemachten Erfahrungen anderer Länder sorgfältig anzuschauen und hier vor allem zwischen demokratischen und autoritär geführten Ländern zu differenzieren. Ein weiteres Kriterium zur Schärfung der Strategie ist der Grad der Einbindung privatwirtschaftlicher Interessen in Gestalt großer Plattformen, deren Geschäftsmodell auf der Akkumulation, der Kombination, der Interpretation und dem Verkauf von Daten beruht;

- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie, wie schon häufig angemahnt (siehe Antrag der AfD-Fraktion zum Ausbau von Gigabit-Netzen, Drucksache 19/24419), die bestehende wie benötigte Infrastruktur in Deutschland im Blick zu haben. Das Vorhandensein leistungsfähiger Breitbandverbindungen sowie WLAN- und Mobilfunknetze, die auf regelmäßige Zugriffe in großer Zahl angelegt sind, wird mitentscheiden über den Erfolg einer Smart-Cities-Strategie. Die Sicherheit dieser sensiblen Infrastruktur gegen Hackerangriffe muss stets und ausnahmslos gewährleistet sein (siehe hierzu das Sondervotum der AfD-Fraktion zum Bericht der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ zu „Smart City und Open Data“, Drucksache 19/23700, S. 502 bis 506);
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie den beträchtlichen Energiebedarf der erforderlichen Infrastruktur und der dort laufenden digitalen und KI-Lösungen zu berücksichtigen (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Drucksache 19/12694, speziell zu den Fragen 10 und 11). Die Datenwirtschaft ist keineswegs ein immaterielles Geschäft, vielmehr verbrauchen die eingebundenen Server, Rechner und Leitungen große Mengen an Strom zum Betrieb und zur Kühlung. Die projektierte Energiebilanz der Smart Cities ist als Teil der genannten Strategie zu verstehen;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie die bereits vorliegenden Ergebnisse der akademischen Forschung zum Thema zu berücksichtigen, diese gleichzeitig dynamisch in die Realisierung einzubeziehen und sie im gebotenen Rahmen fortzuschreiben;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie die spezifisch deutsche Situation mit ihren Metropolen, Groß- und Mittelstädten sowie ländlichen Regionen mit ihren je verzahnten Verantwortlichkeiten zu berücksichtigen und konkrete Angebote abgestimmt auf den jeweiligen Siedlungstyp vorzulegen.

Berlin, den 18. März 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Anziehungskraft der Städte ist ungebrochen, global und auch in Deutschland. Nach UN-Prognosen wird der Anteil der Menschen weltweit, die in Städten leben, von 56,2 % im Jahr 2020 auf 68,4 % im Jahr 2050 ansteigen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37084/umfrage/anteil-der-bevoelkerung-in-staedten-weltweit-seit-1985/>). Seit jeher bietet die Stadt vielen Menschen Arbeit, Sicherheit und medizinische Versorgung, differente Möglichkeiten des Konsums, des Handels und der Kultur, viele verschiedene Lebensformen existieren nebeneinander. Nicht umsonst sind die politischen Institutionen, die kulturellen Leuchttürme, die Zentralen der Konzerne sowie die Verlags- und Medienhäuser meist in den großen Städten ihrer jeweiligen Länder angesiedelt. Der Ruhm der Stadt ist zugleich auch ihr Fluch. Ihre Bewohner wollen nicht nur beschäftigt und bezahlt werden, sie müssen auch mit Wohnraum versorgt werden und sich frei und sicher bewegen können bei individueller Wahl des Verkehrsmittels.

Nach wie vor werden Menschen, die in Städten leben und arbeiten, im Anklang an die Burg als ihrer Keimzelle „Bürger“ genannt. Sie mieten Wohnungen, bebauen Grundstücke, kaufen auf dem Wochenmarkt, gehen ins Konzert, joggen am Flussufer, flanieren im Park, lesen Zeitung im Café, holen ihre Kinder aus der Kita. All dies geschieht im physischen Raum, für dessen Nutzung in der Regel ein Entgelt anfällt. Der moderne „City User“ (Niklas Maak: *Technophilia*, München 2020, Hanser) produziert zusätzlich täglich Daten aller Art, die von anderer Seite gespeichert und weiter genutzt werden, in der Regel ohne sein Wissen und seine Zustimmung. Der Grat zwischen einer datenbasierten Dienstleistung und permanenter Überwachung ist schmal. Die Nutzung der digitalen Ebene einer Stadt findet bereits statt, sie ist aber nicht geregelt, insbesondere die Frage nach dem Eigentum an Daten sowie deren Verfügbarkeit nicht. Die viel gerühmte Freiheit der Stadt, die sich auch in Anonymität ausdrückt, steht auf dem Spiel.

Die Stadtplanung versucht seit jeher, das Leben für die Bewohner, Händler und Besucher der Stadt so angenehm und sicher wie möglich zu machen und dafür ihre täglichen Versorgungs- und Mobilitätsabläufe effizient zu organisieren, um die elementaren Bedürfnisse eines friedlichen Stadtlebens zu befriedigen. Das Konzept der Smart Cities als Teil sozialer Kybernetik kann dabei ein Werkzeug sein, mit den verkehrstechnischen, klimatischen, energetischen und auch sicherheitsrelevanten Aspekten unserer Zeit umzugehen (www.zukunftsinstitut.de/artikel/urbanisierung-die-stadt-von-morgen/). Dies wird umso eher funktionieren, wenn nicht ausschließlich wirtschaftliche Interessen global agierender Datenkonzerne dabei im Vordergrund stehen, sondern wenn politisch und gesellschaftlich definierte Ziele unter demokratisch legitimer Kontrolle mit der Unterstützung der Technik angestrebt werden. Schließlich liegt die Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge originär beim Staat.

